

Liestal, 13. Juni 2021

## Medienmitteilung

### FDP Baselland zieht eine gemischte Bilanz aus den Ergebnissen des Wahlsonntages

- **Nein zur kantonalen Vorlage über die Verlängerung der Tramlinie 14 wirft grundsätzliche Fragen über künftige Mobilitätslösungen auf**
- **Ablehnung des CO2-Gesetzes im Baselbiet entspricht dem schweizweiten Trend**
- **Erfreut über klares Ja zum Covid-Gesetz und zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus und über die deutliche Ablehnung der Agrar-Initiativen**

---

Überrascht nehmen die Freisinnigen das klare Nein zur Verlängerung der Tramlinie 14 zur Kenntnis. «Wir Befürworter haben es nicht geschafft, die Bevölkerung vom Nutzen dieser Zukunftsinvestition zu überzeugen, obwohl sowohl öV als auch MIV bereits heute an ihre Grenzen stossen», sagt Stephan Burgunder, Landrat und Gemeindepräsident von Pratteln. «Um das Gebiet Salina Raurica und Augst nachhaltig zu erschliessen braucht es nun dringend innovative, zukunftsfähige Mobilitätslösungen, das Tram wurde nicht als solche anerkannt», so Burgunder.

Deutlich unterstützten die Baselbieterinnen und Baselbieter das Covid-Gesetz und das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Die Trinkwasser- und die Pestizid-Initiative wurden im Kanton Baselland wie auf nationaler Ebene klar abgelehnt, was zeigte, dass die beiden Initiativen zu extrem waren. Dazu zählt aus Sicht der FDP Baselland auch die Tatsache, dass der Verzicht auf Pestizide und der erwartete Rückgang der Produktion im Inland die Umweltbelastung ins Ausland verlagert hätte, da man vermehrt im Ausland produzierte Lebensmittel hätte importieren müssen. «Ganz ohne Pestizide geht es auch in Zukunft nicht, wenn wir die Bevölkerung weltweit ernähren wollen», so Saskia Schenker, Präsidentin der FDP Baselland. «Wir müssen vielmehr in Forschung und Innovation investieren, so dass die Produkte umweltschonender und gezielter angewendet werden können. Dazu tragen auch der nationale Aktionsplan zur Risikoreduktion und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und die parlamentarische Initiative 19.475 «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» bei», so Schenker.

Mit dem Nein zum CO2-Gesetz liegt der Kanton Baselland im nationalen Trend. Die klare Ablehnung zeigt aus Sicht der FDP Baselland, dass es den moderaten Kräften in der ganzen

Schweiz nicht gelungen ist, aufzuzeigen, dass das revidierte CO2-Gesetz Lösungsansätze enthält, die auf Anreize, Investitionen und Innovationen statt auf Verbote setzen. Um die Blockade-Situation beim CO2-Gesetz zu lösen, müssen die Links-Grünen Kräfte anerkennen, dass es ohne klare Unterstützung der FDP und der Mitte im Bereich der Klima-Politik nicht geht. «Beim CO2-Gesetz kamen zu viele Massnahmen und Abgaben zusammen. Dabei ging sogar das Bewusstsein dafür verloren, dass es heute schon ein CO2-Gesetz gibt und dass nicht alle Massnahmen neu waren. Die Skepsis der Stimmbevölkerung gegen neue und höhere Abgaben muss in der künftigen Diskussion ernst genommen werden», sagt Saskia Schenker.

---

Kontakt:

Saskia Schenker, Landrätin, Präsidentin FDP Baselland, 079 212 78 65